

17. Mai 1916.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 17. Mai.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

In Beantwortung einer von GR. Melcher in der gestrigen Sitzung gestellten Anfrage ~~xxxxxxx~~ wegen der Art der Erhebung der Gas- und Elektrizitätsgebühren bringt der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen Bericht der städtischen Elektrizitätswerke zur Kenntnis, wonach infolge Gemeinderatsbeschlusses vom Jahre 1903 das gemeinschaftliche Inkasso der Gas- und Elektrizitätsrechnungen stattfand. Im ~~xxxxxx~~ Jahre ¹⁹¹² wurde jedoch ~~xxxx~~ dieser Beschluss aufgehoben, da sich erhebliche Schwierigkeiten in der Richtung ergaben, das eine der beiden Unternehmungen über den augenblicklichen Stand der Einhebungen niemals unterrichtet war und daher auch über Reklamationen der Parteien nicht sofort die notwendigen Auskünfte erteilen konnte. Ein weiterer Uebelstand war, daß die Abrechnung erst in einem späteren Zeitpunkte stattfinden konnte, schließlich stellte sich die Notwendigkeit heraus, daß die Einhebungsorgane befähigt sein müssen, den Parteien sofort an Ort und Stelle Auskünfte zu erteilen, was sie nur bezüglich des einen Unternehmens im Stande waren. Die allfällige Ersparnis an Inkasso-Personale würde eine große Verschiebung zwischen den beiden Direktionen bzw. der Inkassostelle und den übrigen Organen der beiden Werke verursachen, welche heute glänzlich wegfällt, da der ganze Verkehr mündlich gepflogen wird.

GR. Dr. Flotzberg stellt folgende Anfrage: Aus den vielen Fällen, die mir zur Verfügung stehen, bringe ich den jüngsten zur Kenntnis. Vor drei Wochen hat ein gewisser Josef Steinberger in Ort, Oberösterreich im Innkreis, drei Normalkisten Eier à 1440 Stück an die ~~xxxxxxx~~ Gesellschaft Miles geschickt und am heutigen Tage noch immer nicht den hierfür entfallenden Betrag erhalten. Derselbe bittet mich, bei der „Miles“ vorstellig zu werden, wegen Abstattung des schuldigen Betrages. Ich frage: Ist der Bürgermeister geneigt, der Miles bekanntzugeben, daß man solch begehrte Ware wie Eier, wenn man sie übernimmt, auch sofort zu bezahlen hat?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich werde mit der „Miles“ nicht verkehren, sondern die Interpellation dem Minister des Innern vorlegen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich zur Kenntnis bringen, daß ich die von der Obmännerkonferenz beschlossene Denkschrift heute dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Äußern und dem Armeekommando (be reicht habe. Ich war heute mit dem Gemeinderatspräsidium auch beim Minister des

Innern, um ihm über die Uebelstände bei der „Miles“ zu berichten ~~xxxxxxx~~ Eierhandel in unserer Besatzung steht (Lebhaft Zustimmung.) Der Obmann-Stellvertreter des Bundes der deutschen Städte Oberkurator Steiner war heute mit einer Reihe von Bürgermeistern beim Ministerpräsidenten und es wurden nicht nur von ihm, sondern auch von allen Bürgermeistern die gerechtfertigten Beschwerden im Eierhandel zur Kenntnis gebracht. Auch der Ministerpräsident erklärte, daß er auf die ehestige Abhilfe dieser Uebelstände dringen wird.

Es wird hierauf die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1915/16 fortgesetzt. VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Botter pro: Die Herren der Opposition haben sowohl gelegentlich der Verhandlung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Bürgermeister, sowie auch während der ersten Budgetdebatte nichts anderes vorgebracht, als die Phrase, an allem ist der Bürgermeisters Schuld. ~~xxxxxxx~~ hat originell gehandelt, er hat uns vorgehalten, dass wir durch 20 Jahre den ungarischen Staat ~~xxxxxxx~~ hätten, dass wir uns mit den geschworenen Feinden Ungarns ~~xxxxxxx~~ gesetzt hätten. Herr Dr. Mittler weiss ja sehr gut, warum die Rumänen Ungarn feindlich sind und wir haben uns ja übrigens auch nicht darum gekümmert, dass ungarische Staatsmänner nach Russland fahren wollten. Wir wissen ja, wer die öffentliche Meinung macht, sie ist in Paris und in London die gleiche. Dr. Mittler sollte aber dennoch wissen, ^{das} der Gegensatz zwischen Oesterreich und Ungarn schon seit jener Zeit herrscht, wo Oesterreich und Ungarn zusammengekoppelt wurden. Seit Erschaffung des Dualismus ist es noch viel ärger geworden, die Teuerung ist zum grossen Teil auf Ungarn zurückzuführen. Dass sich in den 90iger Jahren endlich ein Mann gefunden hat, der Ungarn ein Parol geboten hat, war nur zu begrüßen. Es wurde uns gesagt, wir arbeiteten auf die Trennung von Ungarn hin, in Ungarn besteht aber eine ganze Partei, die darauf hinarbeitet und davon haben die Herren Liberalen gar nichts gesagt. Wir haben jetzt wieder um Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn und schon hören wir an günstige Berichte und ich möchte die Befürchtung ausdrücken, dass es bei den jetzigen Verhältnissen kaum möglich sein wird, einen besseren Ausgleich zu erzielen. Die Hauptschuld an gewissen Schwierigkeiten in den Approvisionierungsfragen liegt in dem getrennten Wirtschaftsgebiete und es ist ja lächerlich, dass ~~xxxxxxx~~ wir hier Weismehl haben und die Ungarn haben kein Weismehl. Man hat dem Bürgermeister mangelnde Voraussicht vorgeworfen, gerade er hat aber am meisten Voraussicht gezeigt, als der Krieg ausbrach. GR. Hohensinner meinte, wir müssten nach dem Kriege in unsere Agrarpolitik umlernen, im Gegenteil, es muss weiterhin

alles getan werden, um unsere Landwirtschaft zu stärken, ~~xxxxxxx~~ mit der Produktion ist auch der Konsum bedeutend gestiegen. Die Behauptung, dass der Hektarertrag in Oesterreich geringer sei, wie der in Deutschland, was immer ein Steckenpferd der Herren Liberalen. Wir werden durchaus nicht den Standpunkt einnehmen, die Landwirtschaft zu bekämpfen, wo sie doch so viel während des Krieges geleistet hat. Natürlich ist auch unsere Viehzucht nicht so vorgeschritten, wie in anderen Staaten. Wir haben einen weit geringeren Viehstand und gerade diese Tatsache zeigt deutlich, wie sehr die Landwirtschaft unterstützt werden muss. Die Behauptung, wir hätten argentinisches Fleisch einführen sollen ist eine Utopie, denn wie würden wir denn ausschauen, wenn die Idee Schumaiers durchgeführt worden wäre und wir in ^{Argentinien} ~~xxxxxxx~~ eine Estancia errichtet hätten. Uebrigens ist es auch gar nicht so weit her mit dem grossen Viehstande.

Unser Bürgermeister hat als Handelsminister versucht, das argentinische Fleisch nach Oesterreich zu bringen ~~xxxxxxx~~ Während in Berlin alles zusammenhält, um die Approvisionierung so gut als möglich zu gestalten, fand um er Bürgermeister nirgends eine Unterstützung.

Es wurden verschiedene Zentralen geschaffen, um die Approvisionierung zu erleichtern ~~xxxxxxx~~ Gegenüber der Bemerkung des GR. Hohensinner, dass die Gewerbetreibenden sich während des Krieges bereichern, während die Besetzten hungern müssen, erklärt der Redner, dass gerade unter den Gewerbetreibenden Tausende von Existenzen durch die Einberufung vernichtet wurden. Er dankt dem Bürgermeister dafür, dass von der neuen Zuschlagserhöhung die Erwerbsteuercategorien der dritten und vierten Klasse ausgenommen wurden und für das Versprechen, dass für die Gewerbetreibenden nach Beendigung des Krieges eine Hilfsaktion eingeleitet werden wird. Er bespricht dann in eingehender Weise die Tätigkeit des Bürgermeisters bezüglich der Approvisionierung und spricht die Ueberzeugung aus, dass, wenn dem Bürgermeister eine Diktatur eingeräumt würde, die Verhältnisse sich viel besser gestaltet hätten.

Die Approvisionierungsschwierigkeiten stehen, so schliesst Redner, auch mit den Verkehrsschwierigkeiten im Zusammenhang ~~xxxxxxx~~ unser Waggonmangel war ja schon in der Zeit vor dem Kriege eine bekannte Tatsache. Merkwürdig ist es auch, dass Mendl fortwährend Wacons hatte und sich schon im Jahre 1914, woher er nur wollte, Getreide und Mehl verschaffen konnte, während wir keine Wagons ~~xxxxxxx~~ Auch der Schnelligkeit, mit der die Gänse der ROHOE nach Wien gekommen sind, wird vielleicht noch einmal nachgegangen werden müssen. Wir von der christlichsozialen Partei

sen, daß der Herr Bürgermeister seine Pflicht getan hat, votieren ihm das Vertrauen und nehmer infolgedessen auch das Budget an. (Beifall bei der Mehrheit.)

GR. Dr. Loewenslein contra: Der Krieg hat der Bevölkerung schwere Sorgen gebracht, aber auch schon in früheren Jahren hat uns alle Besorgnis beschlichen über die riesige Abnahme der Geburtenzahl. Der Krieg wirkt hier natürlich noch mehr ein, und welche verheerende Wirkung er in Frankreich übt, sehen wir daran, daß Frankreich im letzten Rechnungsjahre bereits ein Manko von 25.000 Geburten hatte. Sie sehen, daß Frankreich in diesem Kampfe nahezu seine Existenz aufgibt. Aber nicht nur in Frankreich ist die Geburtenanzahl in Abnahme begriffen. Die Oesterreichische Geburtenanzahl (hört-hört-Rufe) ist in den letzten Jahrzehnten so gesunken, daß sieh ein Rückschlag trotz der wachsenden Bevölkerungszahl, um 20 Jahre ergibt. Im März des Jahres 1915 betrug die Gesamtsumme der Geburten in den Städten mit über 17.000 Einwohnern 6654, im Juni 1915 nur mehr 4634, im Dezember des gleichen Jahres 3967. Das ist gewiss eine sehr traurige Erscheinung und deshalb haben auch gleich zu Beginn des Krieges die maßgebenden Faktoren sich mit Massnahmen beschäftigt, um dem Geburtenrückgang zu steuern. Keine dieser Massnahmen erscheint jedoch irgendwie geeignet, den Geburtenrückgang zu beeinflussen, denn auf die Bevölkerung kann gewiss kein Einfluss genommen werden, die Geburtenanzahl zu erhöhen. Zweifellos bedeutet die wirtschaftliche Lage das Hauptmoment. Wäre die Sterblichkeit eine bedeutend günstigere als sie gegenwärtig ist, - wir haben in Oesterreich durchschnittlich eine Sterblichkeitsziffer von 20% - so könnte sich die Sache ausgleichen. Aber es ist zu befürchten, daß sich die Sterblichkeitsziffer mit Rücksicht auf die durch den Krieg und dessen Folgen herabgesetzte Widerstandsfähigkeit bedeutend erhöhen wird, weil der Krieg zahlreiche Erkrankungen zur Folge haben wird. ~~xxxxxxx~~ Wir hier soll nicht der Ort sein, um Klagen darüber zu erheben, was alles vernachlässigt worden ist. Wir müssen mit den gegenwärtigen Verhältnissen rechnen und uns vor Augen halten, dass eine grosse Aktion im Interesse des Landes und der Bevölkerung notwendig ist, um alle durch den Krieg gewonnene Erfahrungen zweckmässig anzuwenden, um so rasch als möglich Hilfe zu leisten. Ich bedauere, dass seitens der Regierung nicht schon jetzt diesbezüglich verfügt wurde. Es sind ja gewisse Massnahmen im Gange und die Gemeinde Wien hat auch in dankenswerter Weise eine Aktion unternommen. Ich will hier gar nicht verlangen, dass die Gemeinde alle Massnahmen treffen soll, weil sie es gar nicht im Stande ist. Es wird die Aufgabe der Santverwaltung sein, sich mit dieser Frage zu befassen.

2

Antritt. Wie wir erfahren, ist GR. Gustav Schafer aus dem Verbands der bürgerlich-freiwirtschaftlichen Gemeinderäte angetreten.

Vor allem müsste dem Auswanderungswesen gesteuert werden, welches uns in den letzten 20 Jahren mit 1,080.000 Personen genommen hat. Das waren gewiss Leute, welche in den besten Jahren waren und für die Tätigkeit im Vaterlande einen wertvollen Faktor bedeutend.

GR. Skaret: die sich im Lande aber nicht ernähren konnten.

GR. Dr. Klotzberg: und den Lockungen der Auswanderungsagenten erlegen sind.

GR. Dr. Loewenstein: Der praktische Wert für die Durchführung dieser wichtigen Aktion scheint mir darin gelegen zu sein, dass wir trachten die Lebenden so zu erhalten, dass deren Gesundheit auch vollkommen gesichert ist - Der eine Weg besteht darin die Säuglingssterblichkeit zu vermindern und der zweite besteht in der Prophylaxe, dass wir allen Krankheiten energisch entgegen treten. Was die Säuglingssterblichkeit betrifft, so muss vor allem den Müttern ein entsprechender Schutz gewährt werden, weil der Mutterschutz in Oesterreich leider noch immer ein viel zu geringer ist und ein grosser Teil der Mütter noch während der Schwangerschaft stirbt, weil sie, um sich zu erhalten, schwer arbeiten. Es ist nur zu bedauern, dass das Sozialversicherungsgesetz nicht vor dem Kriege das Licht der Welt erblickt hat. Die Säuglingssterblichkeit beträgt in Oesterreich 20%, d.h. es starben von 1 Million Säuglingen in den ersten Lebensjahren 200000 Kinder.

Ich bin der Ansicht, dass die gesamte Säuglingsfürsorge eigentl. eine staatliche Angelegenheit ist, dass aber Staat, Land und Gemeinde die Aktion selbst gemeinsam durchführen sollen. Wir in Oesterreich stehen am schlechtesten in Bezug auf die Säuglingsfürsorge da. Wir haben ja gewisse gute Institutionen auf diesem Gebiete, ich erwähne nur, das Landeszentral-Kinderheim, aber für eine Bevölkerung von 5 Millionen ist das eben viel zu wenig. Auch die Gemeinde Wien hat ja vor dem Kriege auf diesem Gebiete einen Anfang gemacht und jetzt während des Krieges hat sich eine gewisse segensreiche Institution, die Kriegspatenschaft gebildet, welche bereits grosse Verdienste sich erworben hat.

Neht dieser Frage wird dem Staat die Tuberkulosefrage in hervorragendem Masse beschäftigen müssen. Die Gemeinde und das Land haben ihr Interesse hierfür bereits bewiesen und aus dem uns letztthin vorgelegten Investitionsprogramm war ja zu ersehen, dass die Gemeinde hierfür eine grosse Summe in Aussicht genommen hat. Zu bedauern ist nur, dass nicht schon früher eine grossartige

Aktion die sich über ganz Oesterreich erstreckt, in Angriff genommen wurde. Unsere Tuberkuloseheilanstalten sind im Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in Deutschland gar nicht zu vergleichen. Auch die Unterbringung tuberkulose Erkrankter in den öffentlichen Krankenanstalten stösst auf die grössten Schwierigkeiten und ich kann demgegenüber mit besonderer Freude hervorheben, dass die Gemeinde in ihrem Spital in Lainz von vornherein eine grössere Anzahl von Betten für Tuberkulose zur Verfügung gestellt hat. Dass wir auf diesem Gebiete aber in Oesterreich noch ganz andere Vorbereitungen treffen müssen, wird jedem klar werden, wenn man bedenkt, dass nach dem Kriege eine grosse Zahl von Tuberkulosen aus dem Felde zurückkehren und Heilung suchen und finden muss. Es ist dies eine Angelegenheit, die so rasch als möglich und energisch in Angriff genommen werden müsse.

Redner bespricht sodann die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die Notwendigkeit, dass kranke Soldaten nicht früher aus der Behandlung entlassen werden, bevor sie geheilt sind. Die Krankenpflege wird auf eine andere Grundlage gestellt werden müssen, ebenso wird dem Hexamennenwesen eine ausreichende Förderung durch staatliche und gemeindliche Zuschüsse zuteil werden müssen, damit sich diese Frauen eventuell auch in der Krankenpflege betätigen können. An all diesen Fragen hat sich die Gemeinde umso mehr zu beteiligen, da sie als erste Stadt des Reiches beispielgebend vorgehen muss. Zur Durchführung aller dieser Aktionen wird es vor allem notwendig sein, das Sanitätsgesetz vom Jahre 1870 abzuändern und die verschiedenen Kompetenzen zwischen Staat, Land und Gemeinde zu regeln.

Die Ärzteschaft hat in dem gegenwärtigen Kriegsjahre Mission im vollsten Masse erfüllt, und es wäre sehr zu wünschen, dass wir auch die gebührende Anerkennung zuteil würde. Ich meine damit nicht bloss eine äussere Form der Auszeichnung, sondern auch die Möglichkeit, unbeeinträchtigt von der Bevormundung durch Juristen ihre Stellung auszufüllen. Aber nicht nur die im Felde stehenden Aerzte haben Hervorragendes geleistet, auch im Hinterlande wurden die besten Erfolge erzielt und bei dieser Gelegenheit darf ich wohl unserem Stadtphysikat die vollste Anerkennung und den besten Dank dafür aussprechen, dass Wien vor der Seuchengefahr bewahrt geblieben ist. Ich habe nur den einzigen Wunsch, es möge der Ärzteschaft nach dem Kriege auch jene Würdigung und jener Einfluss zuteil werden, die ihr gebühren und möge der Gemeinde Wien gegenüber der Regierung zum Ausdruck bringen, dass für alle diese Aktionen eine eigene Fürsorgestelle errichtet werden sollte, weil nur von einer einheitlichen Stelle aus dieselben geleitet werden können. Der Dilletantismus muss hier verschwinden. Das was der Bürger zu erwarten hat, darf keine Gnade sein, sondern es muss eine Pflicht des Staats sein. Ich hoffe auch, dass es der Gemeinderat nicht verabsäumen wird, bei Durchführung dieser Angelegenheit

auf alle Fraktionen Rücksicht zu nehmen und alle Parteien heranzuziehen, denn wir verfolgen gemeinsam einen gemeinsamen hehren Gedanken, unser Vaterland gross und glücklich zu machen.

GR. Bektionschef Eglauer bemerkt zu den Ausführungen Dr. Loewensteins, dass auch auf das sittlich religiöse Moment in der Jugenderziehung Bedacht genommen werden müsse, und auf den manchmal verderblichen Einfluss einer gewissen Presse. Er verwies auf die Sitten verderbenden Inserate in manchen Zeitungen auf die endlich auch von Staatswegen Einfluss genommen werden müsse. Der Redner kommt dann auf das Budget zu sprechen und führt aus: Alle die grossen Aufgaben, die uns nach dem Kriege bevorstehen, werden so grosse Summen erfordern, dass wir ernstlich schon vor dem Friedensschluss darüber nachdenken sollen, wie sie zwischen Staat, Land und Gemeinde aufgeteilt werden. Die bisherige Verteilung ist nicht zufriedenstellend. GR. Skaret hat mit Recht gestern den Wunsch nach eigenen Einnahmen von Land und Gemeinde ausgesprochen. Früher konnte es allerdings genügen, dass man zu den einzelnen direkten Steuern Zuschläge einhob, aber heutzutage und in Zukunft, wenn es sich um so grosse Erfordernisse handelt wird, ist dieses System unmöglich.

Bei einer einschneidenden Aenderung der Steuerpolitik wäre das zweckmässigste, wenn sich Staat, Land und Gemeinde hinsichtlich der Einnahmequellen auseinandersetzen würden. Es müssten z.B. die Verzehrungssteuern, zu dem doch nur die Städter beitragen, den Städten zugewiesen werden, die Grundsteuer gehörte dem Lande, die Erwerbsteuer, insbesondere von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen würde dem Staate vorzubehalten sein. Die anderen Steuern wären ebenfalls nach ihrer ungefähren Zugehörigkeit aufzuteilen. Nachdem wohl unmittelbar nach dem Kriege Verhandlungen über die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte stattfinden werden, so wäre es wohl jetzt schon an der Zeit, die Vorstudien zu pflegen. Ich möchte deshalb die Anregung geben, dass der Magistrat beauftragt werde, der Steuerfrage seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und im geeigneten Zeitpunkt hierüber dem Gemeinderate zu berichten.

GR. Reumann: Die Ziffern des Hauptvoranschlages haben sich, wie der Referent selbst mitgeteilt hat, seit der Aufstellung eine totale Abänderung erfahren und ich muss sagen, dass es ein sehr schmerzliches Vergnügen ist, gegenwärtig noch zu diesen Ziffern des Hauptvoranschlages zu sprechen. Dieses Vergnügen wird noch mehr dadurch verbittert, dass man in diesem Saale immer wieder die alten Wünsche wiederholen und darauf hinweisen muss, wie wichtig es im Interesse der Gemeindeverwaltung selbst wäre, wenn diese Wünsche endlich Erfüllung finden würden. Die Verzögerung in der Beratung des Budgets ist nicht auf das Schuldkonto der Minorität zu setzen, sondern die Schuld liegt bei der Majorität, durch die ganz überflüssige Hinzuschaltung der Gemeinderatssitzungen. Ich

habe in den Obmannkonferenzen wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Zeit nicht dazu geeignet ist, den Wünschen der Regierung in einer so weitgehenden Weise Rechnung zu tragen, wie unser Bürgermeister gemeint hat, dass er diesen Wünschen Rechnung tragen müsste. Wir haben eine Regierung, welche vor allem eine weitgehende Ruhe gewünscht und es dahin gebracht hat, dass jede parlamentarische Tätigkeit unterbunden und auch der Gemeinderat nicht rechtzeitig seine Tätigkeit aufgenommen hat. Die angebotenen Gefahren der Aufnahme der Tätigkeit des Gemeinderates waren nicht vorhanden und dass dem so war, zeigt sich jetzt, wo in einer Zeit, die sicher keine Besserung erfahren hat, der Gemeinderat wirklich tagen kann. Es sollte ja schon längst der Hauptvoranschlag 1916/1917 vor uns liegen und es scheint mir beiläufig, dass wir nicht dazu kommen werden, diesen Voranschlag ordentlich zu beraten, sondern uns wieder mit einem Budgetprävisorium werden begnügen müssen. Ich möchte da schon heute dem bestimmten Wunsch Ausdruck geben, dass dies vermieden werde.

Wenn wir uns die gegenwärtige Situation betrachten, müssen wir sagen, dass in dieser Zeit nichts Gringlicher wäre, als dass der gesamte Gemeinderat und sämtliche Parteien zusammenwirken um die schwierigen Zustände in der Bevölkerung wenigstens einigermaßen zu mildern. Ich habe einmal bei der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Dr. Weiskirchner gesagt, dass sich in kürzester Zeit herausstellen werde, dass die Bevölkerung von der man ja wünscht, dass sie auch im Hinterlande dazu beitrage, dass es möglich sei, diesen unheilvollen Krieg zu unseren Gunsten zu beenden, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist. Die Ereignisse haben mir Recht gegeben und gezeigt, dass in der Tat eine Zeit gekommen ist, in welcher unsere ganzen Kräfte in Anspruch genommen werden und solche Ereignisse wenigstens einigermaßen hinauszuhalten.

Wenn wir in der Frage in der Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Stadthaushalte uns dagegen gewährt haben, dass die Bevölkerung mit der Erhöhung des Strassenbahntarifbes belastet werde, dann haben wir das aus voller innerer Überzeugung getan, wir haben gesagt, dass es in der Tat möglich wäre die Kriegskosten ohne die schwere Belastung der Bevölkerung durch Erhöhung der Tramway-Tarife zu decken. Gerade dieses Objekt kann nicht besteuert werden, weil es ein höchstertragreiches Objekt ist und man kann doch keine Steuer auf ein Verkehrsmittel werfen, das nicht nur seine Kosten deckt, sondern auch einen ganz kolossalen Reingewinn abwirft, den Sie aber immer verschleiern. Man darf in einem solchen Falle nicht die Meinung der Minorität unter stiller Führung des Vorsitzenden als eine gewisse gemeine Demagogie hinstellen. Wenn wir irgend jemanden von ihrer Partei in einer solchen Art verdächtigen wollten, würden Sie gewiss von dem Rechte des Vorsitzenden Gebrauch machen.

Auch wir haben im Kriege getan, was menschlich möglich war wir haben in Bezug auf die Approximationsverhältnisse den vollen Druck auf die Regierung und deren Organe ausgeübt, den wir nur ausüben konnten und es ist infolgedessen ein Unrecht, wenn gesagt wird, dass von Seiten der Freisinnigen nicht geschieden sei. Eine Frage über die Organisation in der Gemeinde Wien. Es ist hier in der letzten Zeit von den Herren der fortschrittlichen Richtung darauf verwiesen worden, dass die Demokratisierung des Gemeinderates absolut nicht durchgeführt worden ist, es ist wiederholt darauf verwiesen worden, dass die Minorität nach wie vor aus dem Stadtrate ausgeschlossen blieb und was in der letzten Zeit hier vorgefallen ist deutet darauf hin, dass sie an ihrem Besitztum mit Zähigkeit festhalten wollen, trotzdem Sie wissen, wie notwendig es wäre auch der Minderheit ein Vertretungsrecht einzuräumen. Wir Sozialdemokraten haben die Besetzung von zwei Stadtratstellen nicht mehr erörtert. Wir wissen sehr genau, wie es eigentlich bei Ihnen bestellt ist wir wissen, dass es sich für Sie bei der Vergebung von Stadtratmandaten nicht einzig und allein um die Arbeit handelt, wir haben schon seinerzeit gesagt, es mögen die Funktionsgebühren der Stadträte herabgesetzt werden und wir werden nach wie vor, eine Vertretung im Stadtrate verlangen. Sie haben die Funktionsgebühren nicht herabgesetzt, womit Sie nur die Zahl ihrer Ansätze herabgesetzt hätten, sondern haben dieselben verdoppelt und nun ist die Situation für Sie eine doppelt schwierige. Man sollte auch erwarten dass die einzelnen Stadträte nach ihrer Befähigung die Referate zu erstatten hätten, aber das ist nicht der Fall, die einzelnen Stadträte sind Bezirksreferenten geworden. Sie referieren über eine Summe von Verwaltungsgegenständen, von denen sie oft gar keine Ahnung haben. Mit diesem veralteten Zustande müssen Sie gründlich aufräumen, denn je schwieriger sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten, desto grösser werden die Anforderungen der einzelnen Funktionäre. Sie alle zusammen, die in der Partei wirken - und die kann man sich an den Fingern herzählen, müssen sich sagen, dass mehr und mehr Funktionäre der Gemeinde in den engeren Kreis herangezogen werden, aber sie selbst sind Gefangene dieses Systems geworden, das sich hier eingenistet hat. Auch die Verwaltung der Bezirke durch die Bezirksräte ist eine einseitige, denn der Zensus für die Bezirksratstellen ist ein höherer als für die Gemeinderatsstellen und wenn Sie sich die Arbeit der Bezirksräte betrachten, dann müssen Sie sagen, dass wohl sehr häufig die Verbindung mit dem Gemeinderate fehlt und dass unter diesem Mangel die Bevölkerung schwer zu leiden hat.

Mit einer solchen Desorganisation können die grossen Aufgaben die der Gemeinde in Zukunft harren, nicht erzielt werden. Ich hoffe auch, dass das gegenwärtige Wahlsystem in der Gemeinde

nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Krieg hat den Proporz auf den Marsch gebracht. Die derzeitige Vertretung der Gemeinde nach 3 Wahlkörpern, welche bei einem Budget von 250 Millionen Kronen nur 3 Millionen Kronen zum Haushalte beitragen, muss ersetzt werden durch das proportional-Wahlsystem, dessen Berechnung auch von Ihnen anerkannt wurde. Wenn das Bedürfnis nach dem Zusammenwirken aller, die befähigt sind, vorhanden ist, dann wird es sich durchsetzen, ob Sie für oder gegen die Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse sind.

Redner bespricht sodann in eingehender Weise die Approximationsverhältnisse der Stadt und betont insbesondere die Notwendigkeit einer offenen und wahrheitsgetreuen Darlegung dieser Verhältnisse in der Presse, welche unter der Präventiv-Zensur gegenwärtig stark zu leiden haben. Trotz der Blockade, trotz der stark verringerten Zufuhr an Lebensmitteln hat unsere Bevölkerung einen Heroismus an den Tag gelegt, der geradezu bewundernswürdig ist. ~~Wenn man nur und da der Bekämpfung reist, so ist die Bewegung sehr bald vorüber und auch das ist ein Beweis dafür, wie rasch die Mangelung wieder eintritt.~~

Man weiss, wie notwendig es ist, dass die Bevölkerung im Hinterlande ruhig und zufrieden ist und doch geschieht nichts Besseres zu ermöglichen. Und doch wäre ein vollständiges Handeln von Handgehenden, mehr als geboten und notwendig Abhilfe zu schaffen. Wenn man den Verhältnissen auf den Viehmärkten spricht muss man wohl auch über den Handel reden. Die Vieheinwanderer haben seit langem dafür gesorgt, dass auf den Viehmärkten eine gegenseitige Konkurrenz nur Hinaufsetzung der Preise vorhanden ist, indem sie ihr Vieh nicht einem einzelnen Kommissionär sondern mehreren ein senden, sodass unter diesen ein „edler“ Wettstreit entsteht wer von ihnen am Markte die höheren Preise erzielt. Solche Kommissionsfirmen haben wir sowohl in Budapest wie in Wien und in Wien sagen sie, wir müssen hier Lockpreise bilden, damit der Wiener Markt gut beschickt wird, während sie in Budapest wieder sagen, „Seht in Wien werden so hohe Preise erzielt, ihr müsst sie also auch zahlen. So geht das hin und her“.

Gr. Schwer: und die Wurst ist der Konsument.

Gr. Skaret: und die Lache bezahlt die Bevölkerung.

Gr. Reumann: Das ist auch eine Aufgabe, deren Lösung die Gemeinde Wien versuchen muss. Was ich zum Vorwurfe mache, auch dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner, d. i. dass er die Kraft die im Gemeinderate aufgespeichert ist, nicht in der Weise zum Ausdruck gebracht hat, wie es möglich gewesen wäre.

Gr. Eglauer: Ist doch durch die Obmännerkonferenz geschehen, Sie waren ja selbst dabei.

Gr. Reumann: Wir haben das Gewicht unseres Votums nicht zur richtigen Zeit in die Waagschale geworfen.

schätzungslos das hat auf Seite der Regierung eine Unterschätzung dessen zur Folge gehabt, was die Gemeinde Wien leisten kann. Jetzt wird erst die Gemeinde Wien gefragt.

Sektionschef Eglauer: Wo die Kuh aus dem Stalle ist.

Gr. Reumann: ~~... wäre es der Regierung natürlich sehr angenehm, wenn wir, nachdem der Karren tief im Dreck steckt, in herausziehen würden. Wir müssen der Regierung immer auf neue zum Bewusstsein bringen, dass die Deckung des Bedarfes für das Heer nicht mindernotwendig ist, wie die Deckung des Bedarfes für die Bevölkerung. Das müssen wir hier, nachdem wir kein anderes Ferrum haben, Sprache bringen und deshalb ist es auch notwendig, dass der Gemeinderat seine Sitzungen abhält und alle grossen Fragen, die gegenwärtig mit elementarem Gewalt an die Oberfläche treten, prüft und die geeigneten Massnahmen trifft.~~ (Beifall)

Redner verweist noch auf die Notwendigkeit einer energischen Bekämpfung des Alkoholismus ~~und bedauert es, dass die Heeresverwaltung die einerseits glänzende Massnahmen gegen denselben getroffen habe, andererseits die 17 und 18 jährigen in den Fratergastwirtschaften unterbringe, woselbst sie allen Gefahren der Grossstadt ausgesetzt sind.~~ Der Redner bespricht sodann die Bekämpfung der Seuchen und meint, dass auch die Gemeinde gewisse Opfer bringen müsse und kommt dann zur Armenpflege. Dieselbe sei irrationell, viele Gelder erfüllen nicht den beabsichtigten Zweck. Insbesondere die Armenkinderpflege Folgen dieses Krieges die Ansicht gezeitigt haben, dass die bisherigen Aufgaben der Gemeinde mangelhaft erfüllt wurden, und dass ein Zusammenfassen aller Kräfte notwendig ist, dann hat wenigstens in diesem Saale der Krieg eine gute Wirkung hervorgebracht. Wir haben keinesfalls die Absicht, von Ihnen die Gefälligkeit zu erbitten, uns Mandate im Stadtrat und im Ausschuss zu überlassen. Die Notwendigkeit wird Sie zwingen, dass Sie die Minorität beachten. Vor allem jedoch muss das Privilegium des Wahlrechtes beseitigt werden. Nachdem wir von Ihnen nicht annehmen das Sie unseren Wünschen gerecht werden, verbleiben wir bei unserem alten Standpunkt und können Ihnen das Budget nicht bewilligen.

Gr. Goldband bespricht verschiedene Kapiteln des Armenwesens, insbesondere die Beteiligung der Armenkinder mit Erziehungs- und Kostgeldern und die Erhöhung der Pfründen. Er stellt insbesondere den Antrag, es mögen um doppelte Beteiligungen zu vermeiden.

Die Beschaffung von Schuhen für arme Kinder zur Winterszeit, welche jetzt den Bezirksvertretungen, den Ortsschul- und Armenräten obliegt, einer einzigen Korporation, am Besten dem Ortsschulrate übertragen werden. Anstatt die Schuhe durch die Schuhmacher der einzelnen Bezirke anfertigen zu lassen, wäre die ganze Lieferung der Schuhmachergesellschaft zu

übertragen, welche die fertigen Schuhe an die Bezirke abgibt.

Gr. Emmerling: Wir haben es heute mit einem Voranschlage zu tun, welcher vor ungefähr 11 Monaten fertiggestellt wurde. Es sind deshalb viele Posten nicht mehr richtig; das bereits im Mai v. J. vom Gemeinderate genehmigte Kühlhaus findet sich zum Beispiel in dem Budget gar nicht vor. Schon seit einigen Jahren klappt zwischen den Rechnungsabschlüssen und den Voranschlägen eine große Differenz. Im Jahre 1913 hatten wir im Voranschlag ein Defizit von 3.1 Millionen Kronen, im Abschluss fand sich ein Ueberschuss von 1 Mill. K., im Jahre 1914 hatten wir im Voranschlag einen Abgang von 4 Mill. K., im Abschluss einen Ueberschuss von 7 1/2 Mill. K., im Jahre 1915 hatten wir im Voranschlag einen Abgang von 6.7 Mill. K., der Abschluss dürfte sich auch da günstiger gestalten.

Wir haben es im vorigen Jahre auch erlebt, dass noch im unbeglichene Faktoren ~~...~~ Beträge von 20 Millionen Kronen vorhanden waren. Auch hier ist eine Aufklärung notwendig. Sie waren sich offenbar bei Verfassung des Voranschlages nicht ganz klar, ob sie ihn düster oder rosig machen sollen. Nachdem in jedem Abschlusse Ueberschüsse zu verzeichnen sind, so finde ich nur darin einen Widerspruch mit den Worten des Referenten, dass mit den vorhandenen Mitteln kasserst gespart werden müsse. Es wird eben immer soviel von den Ausgaben bestritten, dass dann ein Ueberschuss festgestellt werden kann. Interessant ist es zu sehen, wie dieser Voranschlag durch den Krieg berührt worden ist. Mit Ausnahme der Gruppe 12, die ja selbstverständlich in Mitleidenschaft gezogen werden muss, ist es nur die Gruppe 13, die vom Krieg berührt ist. Da finden wir jene Beträge, die auslagen anlässlich des Kriegeszustandes sind; im ganzen Voranschlag haben Sie nicht mehr als 2.4 Millionen Kronen ~~...~~ ~~...~~ als besondere Kriegsauslagen eingestellt. Dazu kommt noch, dass jener grosse Betrag, der man zur Anschaffung von Lebensmitteln aus den Geldern der Gemeinde, jene 25 Millionen Kronen, nicht Aufnahme gefunden haben, vielleicht auch nicht Aufnahme finden konnte, weil sie ihr erst zu spät in Verwendung genommen hat. Dass man also dem Kriege Rechnung getragen hat, kann man wahrhaft von diesem Voranschlage nicht behaupten. Beim Braukaus haben Sie erklärt, dass im Voranschlagsjahre Neuananschaffungen nicht notwendig seien und daher keine Ausgaben erwartet werden. In denselben Jahre sind aber im Stadtrate verschiedene Anträge auf Anschaffungen, wie Kellereieinrichtungen usw. erbracht worden. Ich bitte auch bezüglich des Jubiläumsspitales, dass die Präliminierung eine möglichst zutreffende sei, damit nicht von anderen Faktoren auf das Jubiläumsspital hingewiesen werden könne, bei dem die Gemeinde Wien sehr um einen geordneten Betrieb bemüht sei.

ieses Budget ist so zusammengestellt, dass Sie in demselben nur immer eine Reihe von Posten zum Aufputz haben, die dann am Schluss des Jahres verschwinden.

Schliesslich ist ja immer die Beratung bzw. Beschlussfassung über das Budget eine Vertrauensfrage und da müssen wir erklären, dass allzuviel nicht geschehen ist, um ~~ihm~~ ⁱⁿ uns jenes Vertrauen zu erwecken, das es auch uns ermöglicht, für das Budget zu stimmen. Nach wie vor sind wir von jeder Mitarbeit ausgeschlossen und was die Obmännerkonferenz betrifft, so scheinen Sie ja selbst dieselbe bloss als eine Eiert Blitzableiter zu betrachten. Der Gemeinderat hat zwar seine Tätigkeit wieder aufgenommen, aber alle die Ausschüsse, die ja statutengemäss zu fungieren haben, sind bis jetzt nicht wieder einberufen worden. Es wundert um, dass Sie nicht imstande sein sollen auch die Ausschüsse wieder ins Leben zu rufen oder sollten Sie beabsichtigen, den Stadtrat allein alles besorgen zu lassen? Eine halbe Milliarde beträgt der Stadthaushalt und darüber beschliessen Sie vollständig unabhängig von der Opposition. Wenn Sie dann verlangen, dass wir für die Ihnen unangenehmen Ausgaben die Verantwortung übernehmen sollen, dann können wir dies einfach nicht tun. Nachdem dieser Voranschlag so alt ist, dass ihm nur mehr eine formale Bedeutung zukommt, kann ich nur erklären, dass wir nach wie vor gegen den Voranschlag sind.

Bgm. Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR. Kunschak: Sie können mit Beruhigung zur Kenntnis nehmen, dass ich sehr rasch zu Ende sein werde, das haben Sie aber nicht meinem guten Willen zu danken, sondern der Opposition. Ich hatte die Absicht, die Approvisionierungsfragen zu behandeln und mich dabei ein wenig mit den Ausführungen des GR. Hohensinner zu beschäftigen, die so grosszügig waren, dass sie wohl als die Aufgabe eines Bürgerschülers gedacht werden können (Heiterkeit!). Ich will nicht weiter darüber reden, weil ich der Meinung bin, dass die entsprechende Belehrung sich GR. Hohensinner heute von Herrn GR. Reumann bereits hat erteilen lassen müssen und wenn es ihm nicht mehr erinnerlich sein sollte, empfehle ich ihm nachdrücklich, das stenographische Protokoll darüber zur Lektüre. (Wesentliche Heiterkeit). Was GR. Reumann über Approvisionierungsfragen gesprochen hat, kann fast zur Gänze wahn von ihm unterschrieben werden. Ich begnüge mich damit, zu konstatieren, dass er mit seinen Ausführungen sehr im Widerspruche steht, mit den Äusserungen seines Klubkollegen Skaret von gestern und auch mit den Ausführungen seiner Parteigenossen ausserhalb dieses Saales. Es würde sich empfehlen, seine Rede über die Approvisionierungsverhältnisse im Separatabdruck allen Genossen und Genossinnen zur Verfügung zu stellen, damit sie aus dem Munde ihres Führers belehrt werden, dass an den Approvisionierungsverhältnissen nicht der Bürgermeister und das Rathaus schuld sind, die man leider mit Rücksicht auf die Existenz des ~~alten~~ Gemeinderates um die eige-

ne Freiheit nicht mit der gebührenden Stärke charakterisieren kann.

Der Redner beschäftigt sich dann mit den Ausführungen des GR. Dr. Loewenstein, die er ebenfalls als vollständig zutreffend bezeichnet und schliesst dann. Gemeinderat Emmerling hat es zum Schlusse gesagt, dass wir nicht allzu viel getan haben, um um das Vertrauen der Opposition zu erwerben. Es freut mich, dieser Ausspruch, denn es liegt darin das Bekenntnis, dass wir zwar, wie er meint, nicht allzuviel, aber doch vieles getan haben um dieses Vertrauen zu erwerben. Ich kann der verächtlichen Opposition nur empfehlen, die Wege zu gehen, die heute GR. Reumann gewandelt ist, die Wege der Sachlichkeit, der Objektivität und der Gerechtigkeit, auch gegen die Majorität, dann werden sie von selbst die Majorität zwingen, ein solches Vorgehen, eine solche Arbeitsleistung auch im Rahmen des Gemeinderates entsprechend zu würdigen und anzuerkennen. (Lebhafter Beifall).

Ueber Antrag des GR. Braun wird Schluss der Debatte angenommen.

GR. Dr. Hein erklärt, dass er sich mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit darauf beschränken wolle, von dem Referenten Aufklärungen über eine von dem Präsidenten der Allgemeinen Oesterr. Viehverwertungs-Gesellschaft versendete Einladung zu verlangen, nach welcher diese Gesellschaft bei einem Aktienkapitale von 1,500.000 K einen Reingewinn von 5,365.000 K erzielt hat. Die Gemeinde Wien ist an diesem Unternehmen mit 1/5 des Aktienkapitales beteiligt und durch zwei Angehörige des Gemeinderates im Verwaltungsrate vertreten. Der erzielte Reingewinn ist in einer Zeit, in welcher ohnedies eine noch nie dagewesene Vieh- und Fleischsteuer herrscht, auf Kosten der städt. Konsumenten erzielt worden. Wie ich von unterrichteter Seite höre, wurde seitens der Gesellschaft das Vieh auf dem Lande zu hohen Preisen angekauft und mit einem ganz ungewöhnlich hohen Gewinn auf dem Markte verkauft. So wurden in Steiermark Richtpreise von 240 K per Meterzentner seitens der Statthalterei festgesetzt, die Rinder, die von der Viehverwertungsgesellschaft ~~angekauft~~ gekauft wurden, sind aber mit einem Reingewinn von 940 K per Stück auf dem Wiener Markte verkauft worden. Wir verlangen dringendst Aufklärung darüber, wie so die Gemeindeverwaltung eine derartige Belastung der Wiener Konsumenten in dieser ohnehin so schweren Zeit verantworten kann. Wenn wir einstimmig gegen die Miles Stellung genommen haben, dann können wir umso mehr verlangen, dass ein Unternehmen, an dem die Gemeinde Wien beteiligt ist, nicht die Wiener Konsumenten auf solche Weise belastet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich will nicht in die Debatte eingreifen und nur sagen, dass ich es für meine Pflicht erachte, die Verhältnisse in der nächsten Gemeinderats-Sitzung

zur Diskussion zu stellen.

Referent VB. Hos kommt in seinem Schlussworte auf die Ausführungen der einzelnen Redner zurück.

Bezüglich der Miles bemerkt der Referent, dass GR. Reumann in der handelspolitischen Kommission ja selbst mit dabei gewesen sei als scharfe Auseinandersetzungen mit dem Vertreter der ~~Bankkassaxxxx~~ „Miles“ waren und er stelle nur fest, dass alles, was man damals erwartet habe, auch zugehtroffen sei. Auf die Ausführungen des Gemeinderates Hein betreffend die Viehverwertung bemerkt Vizebürgermeister Hoss, dass der Umsatz allerdings ein sehr grosser gewesen sei. Der Einkaufspreis betrug z.B. 122 Millionen Kronen, der Verkaufspreis 127 Millionen Kronen. Bei einem so grossen Umsatz könne man infolgedessen nicht von einem preistreiberischen Verhalten sprechen. Das Unternehmen sei überdies gemeinnützig. Dass aber der ~~Bankkassaxxxx~~ Einfluss der Gemeinde ein grosser sei, werde selbst GR. Dr. Hein nicht gäuben, nachdem die Gemeinde nur 1/5 der Aktien besitze. Selbstverständlich werde der Bürgermeister bemüht sein, die Interessen der Gemeindeverwaltung zu wahren.

Vorsitzender Bgm. Dr. Weiskirchner erklärt, dass zur Spezialdebatte niemand zum Worte gemeldet ist. Bei der darauf erfolgenden Abstimmung über den Hauptvoranschlag ~~wird~~ dieser und die Voranschläge der unter der Verwaltung der Gemeinde Wien stehenden Fonds und Unternehmungen sowie die Bilanz und Bedeckung für das Jahr 1915/16 mit den vom Stadtrate beantragten Ziffern genehmigt. Desgleichen wird der in der Generaldebatte gestellte Antrag des GR. Gahmann Goldeband genehmigt. Unter dem Ausdruck des Dankes ~~ämtlicher~~ Mitglieder des Gemeinderates schliesst der Bürgermeister ~~am~~ die öffentliche Sitzung.

-----000-----